



JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN

Starke Kommunen – Starkes Land!

NRW: Sozial – Familienfreundlich – Zukunftsorientiert

Handlungsfelder für eine junge Kommunalpolitik

**Beschluss des Leitantrages des 42. NRW-Tages
am 25. April 2009 in Ratingen**



Inhaltsverzeichnis

Nordrhein Westfalen - gemeinsam auf Erfolgskurs	3
A. Nachhaltige Finanzplanung und verantwortungsvolles Wirtschaften	3
B. Familienfreundlichkeit – Kinderbetreuung	5
C. Kommunale Bildungspolitik	8
D. Den Demographischen Wandel als Chance begreifen	11
E. Integrationspolitik.....	14

Autor:
Christian Caspar

1 Nordrhein Westfalen - gemeinsam auf Erfolgskurs

2 Kommunen sind die Basis unseres Gemeinwesens. Nirgendwo sonst werden politische
3 Entscheidungen so konkret und unmittelbar für alle Beteiligten wirksam.

4 Die Junge Union NRW wird ihre Anstrengungen im kommunalpolitischen Bereich vor allem
5 auf die Themen konzentrieren, in denen wir aus Sicht der jungen Generation wichtige
6 Handlungsfelder im Sinne einer nachhaltigen und zukunftsgerichteten Entwicklung sehen.
7 Dazu zählen wir vor allem eine solide finanzielle Basis, die es den Kommunen wieder
8 erlaubt, ihre Belange selbst zu regeln. Außerdem stehen wir für ein familienfreundliches
9 und lebenswertes Umfeld, in dem sich wieder mehr Menschen für Kinder und Familie
10 entscheiden. Dafür brauchen wir bedarfsgerechte Betreuungsangebote, die es auch
11 Alleinerziehenden und Familien, in denen beide Elternteile einer Berufstätigkeit
12 nachgehen, erlauben, Kindererziehung und Berufstätigkeit zu vereinbaren. Wir setzen auf
13 hochwertige Angebote und ein Bildungssystem, das sich am Leistungsprinzip orientiert
14 und den Einzelnen mit seinen individuellen Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt.
15 Außerdem fordern wir konkrete Schritte gegen die Bildung von Parallelgesellschaften mit
16 nicht integrierten Zuwanderern. Ebenso wichtig ist für uns eine frühzeitige und
17 umfassende Strategie, wie der demographische Wandel als Chance genutzt werden kann.

18 A. Nachhaltige Finanzplanung und verantwortungsvolles Wirtschaften

19 Die JU NRW hält an ihren Forderungen zu einer grundlegenden Reform der
20 Gemeindefinanzen fest.¹ So ist die Gewerbesteuer abzuschaffen und der Umsatz-
21 steueranteil der Kommunen zu erhöhen. Dadurch werden starke Schwankungen der
22 Einnahmen vermieden, die heute kommunale Finanzen schwer planbar machen. Außerdem
23 ist den Gemeinden ein Hebesatzrecht an der Einkommen- und der Körperschaftsteuer zu
24 gewähren. Es ist sicherzustellen, dass alle Kommunen langfristig in die Lage versetzt
25 werden ihren Aufgaben und Pflichten nachzukommen. Damit wird der Erfolg des
26 kommunalen Wirtschaftens unmittelbar mit dem privaten Geldbeutel eines jeden
27 Steuerzahlers verbunden. Dies bringt verloren gegangenes Interesse und die Partizipation

¹ Kommune 2020, Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Kommunalpolitik schaffen! Beschluss des 34. NRW Tages der Jungen Union am 29.März 2003 in Iserlohn.

28 der Bürgerinnen und Bürger an den kommunalen Finanzen zurück.

29 In einem ersten Schritt sind zur kurzfristigen Entlastung der Kommunen diese nicht mehr
30 an der Finanzierung des Fonds Deutsche Einheit zu beteiligen. Weiter ist der kommunale
31 Finanzausgleich dahin zu reformieren, dass einerseits der Anteil der nicht
32 zweckgebundenen Zuweisungen erhöht wird und andererseits die höchst
33 unterschiedlichen Belastungen der Kommunen mit Aufwendungen für Sozialtransfers
34 stärker gewichtet werden. Hinsichtlich der überbordenden Altschulden ist eine Regelung
35 ähnlich der Regelung im Rahmen der Föderalismusreform II für hochverschuldete Länder
36 denkbar.

37 Von gleicher Wichtigkeit ist auch eine grundlegende Stärkung der in Art. 28 II GG
38 garantierten kommunalen Selbstverwaltung. Bürgerschaftliches Engagement und
39 Demokratie setzen eine umfassende Einbindung der kommunalpolitischen Ebene in allen
40 Fragen mit kommunalem Bezug voraus. Wir fordern die Einhaltung des Subsidiaritäts- und
41 des Konnexitätsprinzips nicht nur bei der Aufgabenausführung, sondern auch bei ihrer
42 Formulierung und der Möglichkeit zur weitgehenden Selbstgestaltung zu beachten.

43 Vorrangige Handlungsfelder nachhaltiger Finanzplanung und verantwortungsvollen
44 Wirtschaftens aus Sicht der JU NRW sind im Folgenden aufgeführt:

- 45 • Alle Bemühungen im Sinne einer generationengerechten Haushaltsführung auf die
46 Reduzierung der kommunalen Schulden zu richten.
- 47 • Eine umfassende Aufgabenkritik in allen Bereichen der Kommunalverwaltung. Die
48 Möglichkeiten privatwirtschaftlicher Erledigung und bürgerschaftlichen
49 Engagements sind dabei stets zu prüfen.
- 50 • Den so genannten Investitionsstau konsequent abzarbeiten. Es sind bereits viele
51 substantielle Schäden eingetreten, deren Beseitigung weitaus teurer wird, als eine
52 regelmäßige Instandhaltung gewesen wäre. Ähnlich sieht es bei energetischen
53 Modernisierungen aus, deren Herauszögerung aufgrund hoher Energiekosten allen
54 Grundsätzen einer wirtschaftlichen Haushaltsführung widerspricht. Auch bei
55 Neubauten müssen die Folge- und Erhaltungskosten eine höhere Bedeutung
56 erlangen sowie Umnutzungen im Bestand in Betracht gezogen werden.

- 57 • Auch der Ausbau eines flächendeckenden Breitband-Netzes ist für die Zukunft
58 unserer Kommunen, der dort ansässigen Unternehmen, Bildungseinrichtungen und
59 Bürger unabdingbar. Insbesondere die ländlichen Regionen sind bisher leider
60 immer noch unterversorgt. Dieser Wettbewerbsnachteil muss ausgeglichen
61 werden.
- 62 • Eine konsequente Nutzung der Möglichkeiten zur interkommunalen
63 Zusammenarbeit. Alle städtischen Aufgaben sind darauf hin zu überprüfen, ob eine
64 Erfüllung in Eigenregie nötig ist oder ob Synergieeffekte bei der gemeinsamen
65 Erledigung mit anderen Kommunen möglich sind. Dabei sind insbesondere auch die
66 Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenarbeit zu
67 berücksichtigen. Bestehende bürokratische Hürden sind auf ihren Sinn zu
68 überprüfen und im Zweifel abzuschaffen.
- 69 • Die Förderung sinnvoller Projekte öffentlicher und privatwirtschaftlicher
70 Zusammenarbeit (Public Private Partnership).
- 71 • Eine vorausschauende Anpassung aller städtischen Angebote an die sich
72 abzeichnenden Bedarfssituationen. Insbesondere aufgrund der demographischen
73 Entwicklung dürfen notwendige Entscheidungen nicht hinausgezögert werden.

74 **B. Familienfreundlichkeit – Kinderbetreuung**

75 Unsere Gesellschaft ist nur vital und zukunftsfähig, wenn sie auf einer soliden
76 gesellschaftlichen Basis steht. Voraussetzung dafür ist ein fairer Ausgleich zwischen den
77 Generationen. Aus Sicht der Jungen Union NRW besteht hier noch ein erheblicher
78 Handlungsbedarf.

79 Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen haben über längere Zeiträume dazu
80 geführt, dass sich die Bedingungen für Familien deutlich geändert haben und wir nun
81 unsere institutionellen Strukturen anpassen müssen. Die persönliche Entscheidung für
82 Kinder und Familie sowie darüber, ob man sein Kind selbst betreuen kann und will, ist von
83 jedem Einzelnen zu treffen und jedem staatlichen Zugriff entzogen. Damit diese
84 Entscheidungsfreiheit tatsächlich gegeben ist, muss der Staat die Voraussetzungen dafür
85 schaffen, dass Kinder und Familie nicht zu Nachteilen in Bereichen wie gesellschaftlicher

86 Teilhabe und Berufstätigkeit führen und eine echte Wahlfreiheit zwischen den
87 Betreuungsformen besteht. Von besonderer Bedeutung ist dabei das direkte Umfeld vor
88 Ort. So sind verlässliche und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote sowie das
89 Angebot an Bildungs- und Freizeiteinrichtungen von erheblicher Bedeutung.

90 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Familien mit Kindern besonders gestärkt werden.
91 Dies schließt auch die zunehmende Zahl von kranken und behinderten Kindern, sowie die
92 Kinder, die von Behinderung bedroht sind, mit ein. Wir dürfen Familien in diesen
93 Situationen nicht alleine lassen und auch hier die pflegenden Angehörigen nicht
94 vergessen. Alle Familien müssen in den Fokus der kommunalpolitischen Bemühungen
95 gestellt werden. Dies ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der bürgernahen
96 Politik betrifft.

97 Wichtiger als die Infrastruktur und kommunale Angebote vor Ort ist die persönliche
98 Wertschätzung, die Familien täglich entgegengebracht wird. So müssen wir ihnen das
99 Gefühl geben, eine unschätzbare Bereicherung für unsere Gesellschaft zu sein.
100 Insbesondere auch ihre Einbeziehung in alle Planungen und Überlegungen mit
101 familienpolitischer Relevanz ist wichtig, um die kommunalen Angebote an den
102 tatsächlichen Bedürfnissen auszurichten.

103 Kernpunkte unserer Bemühungen sind:

- 104 • Das Angebot verlässlicher Betreuungsangebote ab dem Kleinkindalter. Unser
105 Anspruch sind qualitativ hochwertige Angebote. Reine „Verwahreinrichtungen“
106 lehnen wir ab. Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) der Landesregierung begrüßen wir
107 deshalb ausdrücklich. Mit dem KiBiz erhält die frühkindliche Bildung einen neuen
108 Stellenwert in der Vorschulerziehung. Bildung beginnt nicht erst in der Schule,
109 sondern ist von Anfang an Bestandteil der Erziehung. Diese Aufgabe muss in die
110 verantwortungsvollen Hände von qualifiziertem und ausreichend geschultem
111 Personal überreicht werden. Da sich die Anforderungen im Bereich der
112 frühkindlichen Bildung stetig verändern, muss KiBiz stets überprüft und
113 fortentwickelt werden.
- 114 • Qualitative Weiterentwicklung in der Kindertagespflege. Besonders der Bereich der
115 Tagesmütter/Tagesväter ist mit Sorgfalt zu betrachten. Immer mehr Eltern

116 entscheiden sich ihr Kind bereits im Säuglingsalter betreuen zu lassen. Hierbei wird
117 oft auf eine gut qualifizierte Tagesmutter zurück gegriffen. Die Kommune trägt für
118 diesen Bereich die Sorgfaltspflicht und sollte durch Festlegung von
119 Qualitätsstandards hier den Maßstab zum Wohle der Familien besonders hoch
120 ansetzen.

121 • Flexible, auf die Berufstätigkeit abgestimmte Betreuungsangebote. Insbesondere
122 für Schichtarbeiter und Berufstätige, die auch am Wochenende arbeiten müssen,
123 fordern wir eine Fortentwicklung der Angebote. Tagesmütternetzwerke sehen wir
124 als förderungswürdiges Beispiel einer flexiblen Kinderbetreuung an.

125 • Die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit. Im Rahmen
126 der Wahlfreiheit zwischen Betreuungsangeboten und häuslicher Erziehung ist
127 sicherzustellen, dass auch außerhalb von Betreuungseinrichtungen eine
128 hochwertige Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet wird.

129 • Installation von Frühwarnsystemen: Eine intensive Zusammenarbeit zwischen den
130 Trägern der freien Jugendhilfe, Verwaltung, Ärzten und anderen lokalen Akteuren,
131 um Fälle von Vernachlässigung und Verwahrlosung frühzeitig zu erkennen und
132 dementsprechend reagieren zu können.

133 • Der Aufbau und die Weiterentwicklung einer familienfreundlichen Kultur in den
134 Unternehmen vor Ort.

135 • Die Einrichtung von Betriebskindergärten zur Erleichterung der Vereinbarkeit von
136 Familie und Beruf.

137 • Ein freundliches Umfeld für Kinder und Jugendliche in unseren Städten. Verdeckte
138 Spielplätze und Verbotsschilder in Parkanlagen dürfen nicht länger geduldet
139 werden. Die JU NRW tritt so z.B. für eine Ausweitung von Spielplatzpatenschaften
140 durch gezielte Kampagnen der Kommunen ein. Dort, wo bereits heute
141 Spielplatzpatenschaften bestehen, sind die Kosten für die Kommunen kleiner,
142 während gleichzeitig die Spielplätze für die Kinder attraktiv gehalten werden
143 können.

144 • Feste Ansprechpartner in der Verwaltung sowie eine Vernetzung der bestehenden

145 Angebote im Sinne der Familienzentren. Deren Auftrag besteht insbesondere in der
146 Bündelung verschiedener Hilfs- und Unterstützungsangebote für Familien in einer
147 Region. Wir fordern daher die zuständigen Stellen in Nordrhein–Westfalen auf, den
148 Ausbau der Familienzentren insbesondere in bekannten urbanen Problemgebieten
149 weiterhin engagiert zu unterstützen, etwa in Form einer deutlichen Aufstockung
150 der finanziellen Mittel.

151 • Verpflichtender Kindertagesstätten-Besuch im Vorjahr der Schulpflicht. Für die
152 Chancengerechtigkeit aller Kinder von Beginn ihrer jeweiligen Schullaufbahn an ist
153 ein verpflichtendes vorschulisches Jahr unabdingbar. So können Gruppenverhalten,
154 aber auch darüber hinaus gehendes soziales Verhalten als auch die sprachlichen
155 Entwicklung bis zum Erreichen des schulpflichtigen Alters gefördert, ausgebaut und
156 zumindest auf ein Mindestmaß gebracht werden.

157 • Kinderlärm darf kein Grund für Nachbarschaftsklagen gegen Kindergärten,
158 Spielplätze, Schulhöfe oder ähnliche Einrichtungen sein. Wir fordern die
159 Landesregierung auf, eine entsprechende Rechtslage zu schaffen.

160 • Kinder- und Jugendhomepages der Kommunen sowie Kinder- und
161 Jugendparlamente. Eine spielerische, verständliche Vermittlung der Aufgaben und
162 Zuständigkeiten sowie Möglichkeiten der einfachen Kontaktaufnahme mit
163 Mitarbeitern im Rathaus zeigt Kindern und Jugendlichen, wie Politik und Verwaltung
164 funktionieren. Politikverdrossenheit und –unverständnis kann durch einen regen
165 Austausch und attraktive Angebote vorgebeugt werden. Kommunale Initiativen,
166 die Kinder und Jugendliche ans politische Geschehen heranführen und begeistern
167 sollen, unterstützen wir!

168 • Die JU NRW möchte gezielt Familien mit minderjährigen Kindern fördern. Wir
169 fordern daher die einzelnen Kommunen auf, Initiativen zur Einführung eines
170 Familienpasses zu starten. Ferner will die JU NRW die Ehrenamtskarte fördern.

171 **C. Kommunale Bildungspolitik**

172 Bildung ist die wichtigste Ressource unserer Wissensgesellschaft und damit von
173 existenzieller Bedeutung für die Entwicklung unseres Landes. Die grundsätzliche

174 Zuständigkeit für die Bildungspolitik liegt beim Land. Für die Kommunen sind die
175 konkreten Angebote und die Qualität der Bildungseinrichtungen vor Ort dennoch ein
176 wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen und die
177 Schaffung eines attraktiven Wohnumfeldes. Die Kommunen tragen darüber hinaus die
178 Verantwortung für den Erhalt und die Ausstattung ihrer Schulen.

179 Rückläufige Schülerzahlen und eine Veränderung der Nachfragestruktur bringen teilweise
180 erheblichen Handlungsbedarf mit sich, der zu grundlegenden Veränderungen führen wird.
181 Wir setzen uns auch angesichts dieser Herausforderungen für eine vielfältige und
182 bedarfsgerechte Schullandschaft ein, welche die individuelle Förderung des Einzelnen in
183 den Vordergrund stellt. Die Junge Union NRW bekennt sich klar zur Hauptschule. Die von
184 Seiten des politischen Gegners geforderte Auflösung der Hauptschulen löst keines der
185 vorhandenen Probleme und hilft den betroffenen Schülern nicht weiter. Vielmehr müssen
186 die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um jedem Schüler eine ausreichende
187 Grundbildung zu vermitteln. Jeder Jugendliche, der mit einem Hauptschulabschluss von
188 der Schule abgeht, muss so gut lesen, schreiben und rechnen können, dass er befähigt ist,
189 eine Berufsausbildung aufzunehmen. Der bereits begonnene Ausbau von Hauptschulen zu
190 Ganztagschulen stellt einen weiteren Schritt in Richtung Qualitätsentwicklung und
191 Chancengerechtigkeit dar. Sie ermöglicht die Schaffung eines anregungsreichen
192 Lernmilieus und eine kindgemäße Rhythmisierung des Schultages.

193 Daher fordert die JU NRW:

- 194 • Den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems, das die Fähigkeiten und Begabungen
195 des Einzelnen individuell fördert. Dazu gehört auch die Durchlässigkeit zwischen
196 den einzelnen Schulformen. Bestehende Benachteiligungen gegenüber den
197 Gesamtschulen sind durch eine Verbesserung der Personal-, Sach- und
198 Raumausstattung auszugleichen. Wir halten langfristig daran fest, die
199 Gesamtschule abzuschaffen.
- 200 • Eine bedarfsgerechte verbesserte Ausstattung der Schulen im
201 naturwissenschaftlichen Bereich und eine Intensivierung der Kooperation,
202 insbesondere mit natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten der
203 Universitäten, z.B. Anbieten von summer schools, Schnupper-Studium Chemie,
204 Physik etc. Die PISA-Studie hat das schlechte Abschneiden nordrhein-westfälischer

- 205 Schüler im Bereich der Naturwissenschaften dokumentiert.
- 206 • Eine Ausweitung des Ganztagsangebotes. Die Übernahme der
207 Nachmittagsbetreuung durch freie Träger begrüßen wir ausdrücklich als Beitrag zu
208 einer vielfältigen Bildungslandschaft.
 - 209 • Der nächste Schritt in der Einführung vermehrter Ganztagsangebote an allen
210 Schulformen ist nun die Einführung des echten Ganztags an Grundschulen.
211 Zielmarke sollte sein, die eine Hälfte der Grundschulen als Halbtagschule, die
212 andere Hälfte als Ganztagschulen zu führen. Die Junge Union NRW spricht sich
213 daher dafür aus, dass zum Ende der nächsten Landtagswahlperiode mindestens in
214 jeder Gemeinde bzw. jedem Stadtbezirk eine Ganztagsgrundschule besteht. Für die
215 baulichen Maßnahmen sind die Schulträger mindestens im Umfang der derzeitigen
216 Ganztagsoffensive zu unterstützen.
 - 217 • Ein flächendeckendes Angebot für Schulmittagessen. Das Programm der
218 Landesregierung „Kein Kind ohne Mahlzeit“ soll fortgeführt werden.
 - 219 • Den Erhalt eines differenzierten und wohnortnahen Schulangebotes. Priorität vor
220 Schulschließungen auf Grund von rückläufigen Schülerzahlen muss die Einrichtung
221 von Verbundschulen und Schulverbänden haben.
 - 222 • Die langfristige Reduzierung der durchschnittlichen Schülerzahl pro Klasse auf 20,
223 um so eine intensive Betreuung der Schüler gewährleisten zu können.
 - 224 • Eine bedarfsgerechte ausreichende zusätzliche Ausstattung der Schulen mit
225 Schulpsychologen und Sozialpädagogen. Die Schulen vor die Wahl zu stellen,
226 entsprechendes Personal alternativ zu einer Lehrkraft einzustellen, bedeutet, dass
227 das Lehrpersonal auf Kosten des Unterrichts in der psychologischen und
228 sozialpädagogischen Arbeit entlastet wird. Darum muss das Land die Kosten für
229 zusätzliches Fachpersonal übernehmen.
 - 230 • Die Förderung von Kooperationsnetzen und Lernpatenschaften zwischen den
231 Schulen und der Wirtschaft. Die Schüler bekommen so bereits einen ersten
232 Eindruck von der Berufswelt. Der so genannte „Praxisschock“ nach Beendigung der
233 Schulausbildung kann damit deutlich reduziert werden.

- 234 • Ein Bildung förderndes Umfeld vor Ort. Dazu zählen wir z.B. ein attraktives
235 Musikschulangebot und die Bildungsprogramme an den Volkshochschulen oder die
236 Einrichtung von Jugendbibliotheken. Auch die Unterstützung aller Initiativen in
237 diesem Bereich wie Angebote der Hausaufgabenbetreuung oder
238 Vorlesewettbewerbe zählen wir dazu.
- 239 • Die Vermittlung sozialer Kompetenz und Werten gehört nach unserem Verständnis
240 ebenfalls zur frühkindlichen Bildung. Hier tragen der Staat und die Gesellschaft
241 eine besondere Verantwortung.
- 242 • Die Kooperation von Wirtschaft und Schulen zu stärken. Im Hauptschulbereich ist
243 die Schulträgerschaft von Institutionen der Wirtschaft und des Handwerks zu
244 ermöglichen. Zusätzlich sind Möglichkeiten der breiten Kontaktaufnahme, wie z.B.
245 vor Ort stattfindende Jobbörsen zu fördern. Diese Kooperationen sollen die
246 Anforderungen der Berufswelt, praktische Einblicke in das Anforderungsprofil ihres
247 Wunschberufs sowie Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge vermitteln.
- 248 • Eine intensive Förderung kirchlicher und privater Angebotsschulen, die wir als eine
249 wertvolle Ergänzung unserer Schullandschaft ansehen.
- 250 • Mehr (kommunal-)politische Bildung an Schulen. Häufig sind das politische System
251 Deutschlands, die Parteienkunde, das Wahlsystem oder Themen wie das Wahlrecht
252 nur zu Wahlterminen auf dem Lehrplan. Gerade bei der Kommunalpolitik wird es
253 versäumt, über die politischen Sachverhalte in der Kommunalpolitik aufzuklären.
- 254 • Das Ehrenamt zu stärken! Gerade die Vermittlung sogenannter soft skills findet
255 weniger in Schulen als in Vereinen und Verbänden statt. Hier lernen die
256 Jugendlichen nicht nur Verantwortung für sich, sondern auch für andere zu
257 übernehmen. Die Kommunen sollen die Vernetzung von Schule und Ehrenamt
258 verbessern.

259 **D. Den Demographischen Wandel als Chance begreifen**

260 Alle Kommunen sind vom demographischen Wandel betroffen. Seine Auswirkungen sind
261 jedoch sehr unterschiedlich. Die konkrete Zukunft der einzelnen Städte und Gemeinden
262 hängt insbesondere davon ab, wie frühzeitig mit den jeweiligen Auswirkungen

263 umgegangen wird. Der Wettbewerb um Einwohner hat bereits begonnen und wird auch im
264 europäischen Kontext zukünftig noch zunehmen. Deshalb gilt es schon heute die richtigen
265 Weichenstellungen zu treffen, um unsere Städte und Gemeinden als lebenswerte Orte mit
266 intakten sozialen Gesellschaftsstrukturen zu erhalten.

267 Im Lichte der zu erwartenden teilweise drastischen Veränderungen der Alterstruktur und
268 Bevölkerung muss jede Entscheidung mit langfristigen Auswirkungen auf die
269 demographische Komponente hin überprüft werden. Ein einfaches "Weiter so" hätte
270 unverantwortliche Folgen. Bisher isoliert betrachtete Felder kommunaler Planungen wie
271 Schul- oder Kindergartenbedarfspläne müssen zukünftig ganzheitlich mit anderen
272 Aspekten wie der Planung von Betreuungseinrichtungen für Senioren oder kommunalen
273 Dienstleistungsangeboten betrachtet werden. Die Flexibilität kommunaler Infrastruktur
274 wird somit zu einem entscheidenden Faktor für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und
275 Gemeinden. So muss beispielsweise bei der Planung eines Kindergartens schon heute in
276 die Überlegungen miteinbezogen werden, dass die Räumlichkeiten in Zukunft als
277 Mehrgenerationenhaus oder als dezentrales Bürgerbüro genutzt werden könnten.

278 Wir werden alles kommunale Handeln darüber hinaus einer grundsätzlichen
279 Aufgabenkritik unterziehen. Dabei sehen wir nicht nur die schrumpfenden finanziellen
280 Möglichkeiten der Kommunen als Handlungsimpuls. Viele Senioren suchen Möglichkeiten
281 des sozialen Engagements und der gesellschaftlichen Teilhabe. Diese Wünsche und
282 Potenziale gilt es im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements für die Gemeinschaft zu
283 nutzen. Im Rahmen dieser Entwicklung müssen die kommunalen Verwaltungen weg von
284 ihrer Rolle als zentrale Anbieter und Verwalter aller gesellschaftlichen Aufgaben, hin zu
285 einer neuen Rolle als Initiatoren, Förderer, Ideengeber und Vermittler für
286 gesellschaftliches Engagement. Die Kommunen sollen so unter Beachtung des
287 Subsidiaritätsprinzips nur das im Rahmen ihrer öffentlichen Strukturen erledigen, was das
288 Ehrenamt nicht leisten kann. Bürgerschaftliches Engagement schafft damit auch neue
289 Identifikationspunkte der Menschen mit ihrer Stadt. Aus anonymen Wohnstädten können
290 so wieder funktionierende soziale Orte werden, mit denen sich die Menschen
291 identifizieren.

292 Angesichts der demographischen Entwicklung halten wir die folgenden Schritte für
293 vordringlich:

- 294 • Die deutliche Thematisierung der sich abzeichnenden demographischen
295 Entwicklung. Die Kommunalpolitik muss den Mut haben im Interesse
296 nachfolgender Generationen auch unbequeme Wahrheiten frühzeitig zu benennen
297 und die daraus resultierenden Konflikte zwischen Stadt- und Umlandgemeinden
298 mit Hilfe einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit auszugleichen.
- 299 • Die Erstellung von Alterskatastern, aus denen die konkrete örtliche Altersstruktur
300 hervorgeht. Erst eine solche Zahlengrundlage ermöglicht verantwortungsvolle
301 Entscheidungen. Hierzu wird uns der für 2011 geplante Zensus eine Grundlage
302 liefern.
- 303 • Mutige Schritte zu gehen, wie beispielsweise den Rückbau bestehender Bebauung
304 und Infrastruktur. In vielen Gebieten, insbesondere im großstädtischen Bereich,
305 haben sinkende Bevölkerungszahlen und die damit verminderte
306 Wohnraumnachfrage bereits eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt, die zu fehlender
307 Investitionsbereitschaft der Grundstückseigentümer führt und letztendlich zu
308 verarmten Stadtbildern mit den damit einhergehenden Problemen.
- 309 • Neue Infrastruktur möglichst flexibel zu planen, um auf die demographische
310 Entwicklung angepasst reagieren zu können.
- 311 • Großflächige Ausweisungen von neuen Wohngebieten „auf der grünen Wiese“ zu
312 beenden. Stattdessen müssen wir stadtplanerisch die Ursachen angehen, die dazu
313 führen, dass insbesondere Familien mit Kindern nicht mehr in der Stadt wohnen
314 möchten. Außerdem sind vor allem in kleinen und mittleren Kommunen alle
315 Anstrengungen auf eine (Wieder-)Belebung der Innenstädte zu richten.
- 316 • Flexible Angebote, die die verschiedenen Altersgruppen zusammenführen. Wir
317 begrüßen die Einrichtung von so genannten Mehrgenerationenhäusern,
318 ehrenamtlichen Nachbarschaftsbetreuern, die gemeinsame Angebote für alle
319 Altersgruppen schaffen.
- 320 • Die Einführung eines „Generationen-Checks“ in Beschlussvorlagen der
321 kommunalen Parlamente. Schon in der Planungsphase sollen die Auswirkungen des
322 demographischen Wandels im Hinblick auf finanzielle und sozialpolitische

323 Gesichtspunkte mit berücksichtigt werden.

324 **E. Integrationspolitik**

325 Integration bedeutet für uns Fördern und Fordern. Die Versuche der 2005 abgewählten
326 rot-grünen Landesregierung, eine multikulturelle Gesellschaft in NRW zu etablieren, sind
327 an der Realität gescheitert. Ziel jeder Integrationspolitik muss eine Gesellschaft auf Basis
328 unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sein. Als Voraussetzung dafür sehen
329 wir die Beherrschung der deutschen Sprache als zentrales und verbindendes Element der
330 deutschen Leitkultur an. Das Recht kulturelle Unterschiede zu leben hört dort auf, wo die
331 Rechte anderer verletzt werden oder die demokratische Grundordnung in Frage gestellt
332 wird.

333 In Nordrhein-Westfalen haben 22,8 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund.
334 Viele von ihnen sind bereits sehr gut integriert, jedoch leider nicht alle. Zudem sind
335 deutliche regionale Unterschiede und Unterschiede bei den einzelnen Herkunftsgruppen
336 zu erkennen. Eine erfolgreiche Integrationspolitik ist daher eine der Schlüsselaufgaben für
337 die weitere Entwicklung unseres Landes.

338 Als eine vordringliche Aufgabe kommunaler Bemühungen sehen wir die Vermeidung von
339 Parallelgesellschaften in unseren Städten an. Es darf kein Nebeneinander, sondern nur ein
340 Miteinander der Kulturen geben. Einmal entstandene Probleme sind oft nur durch
341 massives Bemühen aller Beteiligten vor Ort und über lange Zeiträume zu lösen.
342 Insbesondere betrachten wir die Entwicklung von Ausländervierteln im mittel- und
343 großstädtischen Bereich mit Besorgnis. Aus diesen Gebieten ziehen nicht nur
344 Einheimische weg, sondern auch diejenigen Zuwanderer, die bereit sind sich zu integrieren
345 und Perspektiven suchen. Hier gilt es zunächst den Dialog mit anerkannten Verbänden wie
346 z.B. deutsch-türkischen Vereinen oder Moscheegemeinden zu suchen, da sie oft großen
347 Einfluss auf die Zuwanderer haben. Nur so kann Integration in bereits bestehenden
348 Parallelgesellschaften eingeleitet werden. Dazu sollten kommunalpolitische Maßnahmen
349 wie die Einrichtung von Betreuungsangeboten, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen
350 getroffen werden.

351 Eine Voraussetzung dafür ist es, Brennpunkten präventiv entgegenzuwirken. Wir setzen
352 uns hier für die auf kommunaler Ebene sehr erfolgreichen Modelle von

353 Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei, Ordnungs- und Jugendämtern ein. Ebenso
354 fordern wir eine konsequente Nutzung der Möglichkeit zur Videoüberwachung an
355 bekannten Kriminalitätsschwerpunkten, um sowohl das subjektive Sicherheitsempfinden
356 der Bürger zu steigern, als auch Straftaten abwenden und Täter besser ermitteln zu
357 können.

358 Die JU NRW steht für:

- 359 • Intensive Bemühungen um eine Integration der bei uns lebenden Menschen mit
360 Migrationshintergrund.
- 361 • Chancengleichheit als Schlüssel zu Integration! Menschen mit
362 Migrationshintergrund in Deutschland sind überdurchschnittlich oft arbeitslos. Es
363 bedarf sinnvoller Projekte im Rahmen des bundesweiten Integrationsprogramms.
- 364 • Möglichst früh versuchen durch Verbindlichkeit eines Kindergartenjahres Deutsch
365 als Muttersprache zu festigen.
- 366 • Eine freiwillige Selbstverpflichtung an unseren Schulen, dass außer im
367 entsprechenden Unterricht nur Deutsch gesprochen wird.
- 368 • Städtische Dienstleistungen und Beratungsangebote sind nur insoweit in fremden
369 Sprachen anzubieten, dass Deutsch im Alltag nicht entbehrlich wird und wir nicht
370 selber zur Verfestigung von Parallelgesellschaften beitragen.
- 371 • Eine klare Ablehnung der Zusammenarbeit mit extremistischen Organisationen wie
372 zum Beispiel Milli Görüs oder dem Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ).
373 Die massive Unterstützung der staatlichen türkischen Religionsbehörde über ihren
374 deutschen Ableger DITIB beobachten wir mit Besorgnis. Die Benennung vieler
375 Moscheen als „Fatih-Moschee“ (Eroberungsmoschee) nach dem Eroberer von
376 Konstantinopel ist nicht dazu geeignet, Vertrauen bei der deutschen Bevölkerung
377 zu schaffen.